

## **Die Fiskal- und Wirtschaftsunion – ein Angriff auf die Demokratie und die sozialen Rechte in Europa!**

**Attac solidarisiert sich mit den Protesten gegen die von der Troika verordneten Sparmaßnahmen in Griechenland, Spanien und anderen europäischen Staaten. Ausgabenkürzungen und Privatisierungen tragen nicht zur Lösung der Krise bei. Im Gegenteil: Die Verarmungspolitik führt zu einer wirtschaftlichen Spaltung Europas, sie befördert die Umverteilung von unten nach oben und verschärft so die Krise insgesamt. Das Diktat der Troika hat ernste Folgen für die Demokratie in Europa. Dies zeigt nicht nur das Aufkeimen rechtsradikaler Parteien in vielen Ländern. Auch die Souveränitätsrechte der Parlamente werden systematisch eingeschränkt. Und der autoritäre Umbau der EU soll noch viel weiter gehen: Geplant ist jetzt eine Fiskal- und Wirtschaftsunion, die das Königsrecht der Parlamente, die Budgethoheit, praktisch außer Kraft setzt.**

### **Ursachen und Verlauf der Eurokrise**

Die gegenwärtige Krise ist keine Schuldenkrise, sondern logische Konsequenz der Wettbewerbs- und Finanzordnung, die durch die EU-Verträge vorgegeben ist. Umfassende Bankenrettungen und eine zunehmende Vermögensumverteilung von unten nach oben haben die Verschuldung der öffentlichen Hand massiv erhöht. Eine weitere wichtige Krisenursache ist die fehlende wirtschafts- und sozialpolitische Koordinierung innerhalb der Währungsunion.

Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) sowie viele nationale Regierungen nutzen jetzt die Krise, um Gehälter, Pensionen und öffentliche Leistungen zu kürzen, Arbeitnehmerrechte einzuschränken und Privatisierungen durchzusetzen. Angela Merkel hat die Krise ausdrücklich als „Chance zu Strukturreformen“ bezeichnet. Der IWF betreibt diese Politik der so genannten „Strukturanpassungen“ bereits seit Jahrzehnten in vielen Staaten des Südens – mit katastrophalen sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen als Reaktion auf die Krise wie Sixpack, ESM oder Fiskalpakt verfolgen dabei ein gemeinsames Ziel: Die großen Vermögen der Reichen und Superreichen zu stabilisieren und die Rettung der Banken. Eine Politik also zugunsten der Akteure, die durch riskante Finanzgeschäfte die Krise wesentlich verursacht haben. Außerdem werden durch diese Maßnahmen elementare demokratische und soziale Rechte beschnitten und das Grundprinzip jeder Demokratie, die Gewaltenteilung, wird noch weiter eingeschränkt. Denn die Kontrolle über die Wirtschafts-

und Haushaltspolitik würde durch die nun geplante Fiskal- und Wirtschaftsunion von den gewählten nationalen Parlamenten (Legislative) zumindest teilweise auf die EU-Kommission übertragen – also auf ein nicht demokratisch legitimes Exekutivorgan.

### **Geplante Maßnahmen:**

Diese Maßnahmen wurden von der EU-Kommission im Oktober 2012 vorgeschlagen und es ist zu befürchten, dass sie in Kürze umgesetzt werden:

### **Fiskal- und Wirtschaftsunion**

Alle Eurozonen-Länder sollen einen jährlichen Vertrag mit der EU-Kommission über ihre Wirtschafts- und Haushaltspolitik abschließen. Dahinter verbirgt sich die Strategie, die neoliberale Kürzungs- und Strukturanpassungspolitik, die den südeuropäischen Ländern durch die Troika auferlegt wird, auf alle Staaten der Eurozone auszuweiten. Außerdem soll es ein eigenes Eurozonenbudget geben, das die Länder „belohnt“, die besonders radikale Strukturanpassungen durchführen. Weiterhin ist angedacht, die Kompetenzen des EU-Währungskommissars drastisch auszuweiten – auf Kosten der Parlamente in den EU-Mitgliedsländern.

### **Kritik an der Fiskal- und Wirtschaftsunion**

Die Pläne für eine Fiskal- und Wirtschaftsunion halten wir für besorgniserregend und lehnen sie entschieden ab. Denn dadurch wird die Möglichkeit, auf nationalem Terrain gesellschaftliche Kompromisse bei Sozial- und Wirtschaftsfragen zu erzielen, beseitigt. Fernab jeder demokratischen Kontrolle erhielten EU-Organen Durchgriffsrechte auf nationale Haushalte und umfassende Sanktionsmöglichkeiten.

## Dem autoritären Umbau der EU entgegenzutreten!

Attac wendet sich nicht grundsätzlich gegen ein „Mehr Europa“. Eine demokratische, soziale, ökologische und friedensstiftende Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalunion, die die Menschenrechte garantiert, wäre durchaus erstrebenswert. Aber mit der gegenwärtigen EU-Krisenpolitik, die soziale Rechte massiv abbaut und die Handlungsspielräume der Parlamente der Eurozonen-Mitgliedsländer stark einschränkt, befindet sich die EU derzeit in einem

Prozess der folgeschweren, autoritären Umgestaltung. Die Gewinner dieser Politik sind die reichsten 10 Prozent – die Verlierer aber die Mehrheit der europäischen Bevölkerung.

Der Slogan „Griechenland ist überall“ wird sich bewahrheiten, wenn wir diese Politik nicht entschieden bekämpfen. So sagte der Großinvestor und Spekulant Warren Buffett 2006: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig. Aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt. Und wir gewinnen.“ Aber es gibt Alternativen.

### Attac fordert:

- **Die Staatsfinanzen von den Finanzmärkten entkoppeln:** Durch eine demokratisch kontrollierte EZB, die Kredite direkt an die Staaten vergibt
- **Der Schuldenfalle entkommen:** Durch ein Ende der Kürzungspolitik und durch Schuldenaudits. Illegitime Schulden müssen in allen EU-Staaten identifiziert und gestrichen werden. Banken und private Finanzakteure müssen ihren Anteil an den Krisenfolgen zahlen.
- **Umverteilung von oben nach unten:** Durch eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie der Körperschafts- und der Erbschaftssteuer und durch ein entschiedenes Vorgehen gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung
- **Verschärfte Finanzmarktregulierung**
- **Einführung einer Finanztransaktionssteuer von mindestens 0,1 Prozent**
- **Zerschlagung der „systemrelevante“ Banken**
- **Stopp von Steuerwettbewerb und Standortkonkurrenz innerhalb der EU:** Durch eine europaweite Lohndkoordination, Einführung eines europaweiten Mindestlohns, eine EU-einheitliche Körperschaftssteuer und durch eine Wirtschaftspolitik, die den Ausgleich der Handelsbilanzen in der Euro-Zone als wichtiges Ziel verfolgt.
- **Streichung aller umweltschädlichen Subventionen und ein radikaler ökologischer Umbau der Wirtschaft**
- **Konsequente militärische Abrüstung und Friedenspolitik**
- **Ein Europa für die Menschen statt für Profite:** Ausbau und Garantie sozialer und ökonomischer Menschenrechte (Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit, Bildung, Wohnen, Nahrung, Wasser u. a.)
- **Eine öffentliche und demokratische Finanzierung der Wirtschaft:** Durch Ausbau des öffentlichen und genossenschaftlichen Wirtschaftssektors unter demokratischer Kontrolle
- **Echte Demokratie:** Durch Ausarbeitung einer EU-Verfassung in einem direkt von den BürgerInnen gewählten Konvent

Ein solidarisches und demokratisches Europa ist möglich!



# attac

AG Krise und Protest Berlin